



Es geht um jeden Euro



Laut Tätigkeitsbericht der Volksanwaltschaft lassen immer mehr Bürger Bescheide über Steuern, Beihilfen oder Arbeitslosenunterstützung genauer überprüfen.

Burgi Volgger hat heute ihren Bericht dem Landtag vorgestellt und dabei auch einen Fingerzeig gegeben, wo Verwaltung und Politik noch nachbessern können. An der Vorstellung nahmen neben Präsident **Maurizio Vezzali** die Vertreter der Fraktionen **Sigmar Stocker**, **Hans Heiss**, **Eva Klotz**, **Walter Baumgartner** und **Maria Hochgruber Kuenzer** sowie die Landesräte **Florian Mussner** und **Elmar Pichler Rolle** teil.

Die Wirtschaftskrise ist auch in Südtirol deutlich spürbar: 3.397 Bürgerinnen und Bürger haben sich 2012 an Volksanwältin Burgi

Volgger und ihr Team gewandt, 412 mehr als im Jahr davor. Beschwerden im Bereich Steuern und Abgaben haben, nach einem stetigen Zuwachs in den vergangenen Jahren, im Berichtsjahr 2012 noch einmal deutlich zugenommen: um 41 Prozent. Immer mehr Bürger und Bürgerinnen aus allen Gesellschaftsschichten hinterfragten und beanstandeten die Zahlungsaufforderungen der Gemeinden, auch wenn es sich dabei oft um sehr geringe Beträge handelte. Eine sichtbare Steigerung, um 36 Prozent, gab es auch im Bereich der Sozialleistungen: finanzielle Sozialhilfe, Pflegegeld, Familiengeld, Wohngeld, Arbeitslosenunterstützung u.a.m. „Wenn die finanzielle Unterstützung reduziert oder abgelehnt wurde, kamen die Bürger zu uns und erbaten eine rechtliche Überprüfung“, erklärt Volgger.

Eine Folge der Wirtschaftskrise ist die vermehrte Sorge um den sicheren Arbeitsplatz, aber auch um die

Zuerkennung des Arbeitslosenstatus: Vor allem ältere Arbeitnehmer haben sich in solchen Fällen an die Volksanwaltschaft gewandt. „Sie werden durch eine Entlassung aus ihrem geordneten Leben gerissen und haben trotz Umschulungen große Schwierigkeiten, einen neuen Arbeitsplatz zu finden“, warnt Volksanwältin Burgi Volgger.

Volgger erkennt in ihrem Bericht ausdrücklich auch Fortschritte in Sachen Bürgernähe an, so etwa die Anstrengungen, um zeitaufwändige Verwaltungswege abzubauen. Dies sei sowohl durch die Einrichtung vereinheitlichter Dienststellen wie der Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung oder durch die einheitliche Einkommens- und Vermögensklärung wie auch durch den Ausbau der Online-Dienste der Verwaltung geschehen. Nach wie vor verbesserungsbedürftig sei die Sprache in der öffentlichen Verwaltung – die Amtssprache sei für die Bürger oft schwer zu verstehen. ■

Familiengesetz

Das Gesamturteil der Fraktionen

Der Landtag hat in der Mai-Sitzung die im März begonnene Behandlung des Familiengesetzentwurfs abgeschlossen und das Gesetz mit 18 Ja, 8 Nein bei 6 Enthaltungen verabschiedet. In der Stimmabgabeerklärung gaben die Vertreter der Fraktionen ihr abschließendes Urteil ab, wobei die Opposition vielfach den Mangel an konkreten Maßnahmen unterstrich, während die Mehrheit betonte, dass es sich um ein Rahmengesetz handle, das die bestehende Familienförderung unter einen Hut bringe.

Pius Leitner (Freiheitliche) vermisste in dem Gesetz konkrete Maßnahmen zugunsten der Familie und plädierte für mehr Unterstützung für das traditionelle Familienbild. Sein Fraktionskollege **Thomas Egger** forderte eine Unterstützung für die Rentenabsicherung – was für die Bauern gelte, sollte auch für Alleinerziehende möglich sein.

Andreas Pöder (BürgerUnion) kritisierte, dass die Förderungsbeiträge vom jährlichen Haushalt abhängen und dass Familien so nicht planen könnten. **Eva Klotz** (Süd-Tiroler Freiheit) verwies auf die bessere Rentenabsicherung in Österreich, ohne diese sei eine Wahlfreiheit zwischen Eigen- und Fremdbetreuung nicht gewährleistet.

Mauro Minniti (La Destra) plädierte für mehr direkte Unterstützung, denn die Familien hätten derzeit auch andere Sorgen als nur die Kinderbetreuung. Auch **Donato Seppi** (Unitalia) sprach sich für mehr Unterstützung der Eigenbetreuung aus, wobei aber eine Einkommensgrenze festzulegen sei.

Riccardo Dello Sbarba (Grüne) sah im Gesetz einige Verbesserungen, vermisste aber klare finanzielle Zusagen. **Walter Baumgartner** (SVP) schließlich sah das Gesetz als Leitfaden für die Familienpolitik der nächsten Jahre, es enthalte auch neue Maßnahmen wie den Familienpass und neue Einrichtungen wie die Familienagentur. ■

Zweierlei Sanität

Gesundheitspolitische Sprecher des Bayerischen Landtags im Gespräch mit dem IV. Gesetzgebungsausschuss

Wir wollten vor den Landtagswahlen im Herbst noch unbedingt ein Highlight der Gesundheitspolitik anschauen, und daher sind wir nach Südtirol gekommen", stellte **Thomas Zimmermann**, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag bei einem Treffen mit dem IV. Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtags fest. Zimmermann und seine Fachkolleginnen und -kollegen unterhielten sich mit Vorsitzender **Veronika Stirner**

Brantsch und den Ausschussmitgliedern **Georg Pardeller**, **Maria Hochgruber Kuenzer**, **Hanspeter Munter** und **Andreas Pöder** über aktuelle Fragen der Gesundheitspolitik.

Bei dem ausführlichen Gespräch wurde unter anderem über die Bildung von Schwerpunktzentren, die Verteilung der Basisärzte auf das Territorium, Gemeinschaftspraxen und die sog. Zweiklassenmedizin gesprochen. Bayern hat für seine 12,6 Mio. Einwohner 420 vorwiegend kommunal geführte Krankenhäuser, Bau und Einrichtung zahlt der Staat, den Betrieb die Krankenkassen. Die rund 9.000 Basisärzte sind durchwegs Freiberufler, werden rein nach Leistung bezahlt und siedeln sich deswegen lieber in Ballungsräumen an. ■



Bayerisch-Südtiroler Gespräche über Gesundheitspolitik

Wolf

Wieder Josefi

Freiheitliche: 19. März als Feiertag wieder einführen

Mit einem Begehrensantrag an das Parlament forderten die Freiheitlichen, dass der Josefitag als Feiertag wieder eingeführt wird, gegebenenfalls auch statt dem Tag der Republik am 2. Juni. Die neue Regierung in Rom sei angeblich sehr südtirolfreundlich, daher sollte man einen neuen Anlauf wagen, meinte **Pius Leitner**.

Während **Alessandro Urzi** (Alto Adige nel cuore) den Hinweis auf

den 2. Juni als beleidigend empfand, bezeichnete **Sven Knoll** (Südtiroler Freiheit) genau diesen Tag als aufgezwungen. Jedenfalls könne der Josefitag nur eingeführt werden, wenn ein anderer Feiertag abgeschafft werde, stellte **Andreas Pöder** (BürgerUnion) fest. **Hans Heiss** (Grüne) bezeichnete beide Feiertage als begründet, sprach sich aber gegen die Einführung eines neuen religiösen Feiertages aus. Mit Zustimmung der Landesregierung wurde der Antrag mit 20 Ja, 3 Nein bei 3 Enthaltungen angenommen. ■

Die neue Energiepolitik

Landesrat Mussner erläuterte dem Landtag seine Vorstellungen für eine Neuausrichtung

Der Landtag hatte Landesrat **Florian Mussner** im November 2012 aufgefordert, Vorschläge zur einer Neuorientierung in der Energiepolitik auszuarbeiten und dann dem Plenum vorzustellen. Dem ist der Landesrat in der Mai-Sitzung nachgekommen. Nach einer Zusammenfassung der Vorgeschichte wies er darauf hin, dass die Vorstellungen der verschiedenen Beteiligten noch weit auseinander gingen, der einzige Ausweg sei eine politische Lösung. Die öffentlichen Körperschaften sollten sich zusammenschließen, damit

sich ihr Marktwert gegenüber den vom Land gestellten Startkapital auf 1,1 bis 1,3 Mrd. Euro vervierfacht.

Der Freiheitliche **Pius Leitner** bezeichnete Mussners Bericht als magere Suppe, kritisierte die Rolle der Landesregierung und des Landeshauptmanns, die auf ein Landesmonopol gesetzt hätten, sowie das Schweigen von Landesrat Theiner dazu. **Thomas Egger** sah echte Verhandlungen mit allen Beteiligten als einzigen Ausweg – auch wenn es für das Land schmerzhaft werden könnte – und **Roland Tinkhauser** sah das Hauptanliegen der Bevölkerung in günstigeren Stromtarifen, und das lasse sich nur über Genossenschaften umsetzen.

Sven Knoll (Süd-Tiroler Freiheit) sah Mussners Bericht als Sammlung von Gemeinplätzen ohne kon-

vergabe und Steuern an das Land, Produktion und Verteilung an die Gemeinden.

Wenn die Südtiroler Stromwirtschaft ein Vorteil für die Bevölkerung sein solle, müsse sie in öffentlicher Hand bleiben, meinte **Andreas Pöder** (BürgerUnion). Es brauche ein Modell, das die Beteiligung aller öffentlichen Körperschaften ermögliche, auch etwa mit Konsortien und Genossenschaften. Wer geschwindelt habe, scheide aus, meinte **Donato Seppi** (Unitalia), die Tarifpolitik der SEL sei für die allermeisten Südtiroler jedenfalls kein Vorteil. Es sei nicht unbedingt notwendig, dass der Strom von der öffentlichen Hand produziert werde, wichtig sei, dass das öffentliche Interesse gewahrt werde, erklärte **Elena Artioli** (Team Autonomie). **Alessandro Urzi** (L'Alto Adige nel Cuore) plädierte für Volksaktien an der SEL AG, so könnten sich die Bürger damit identifizieren.

Die Lösung sei aber nicht die Volksaktie der SEL, eher schon die direkte Beteiligung an den Kraftwerken, entgegnete **Josef Noggler** (SVP). Laut Gesetz müsse das Stromnetz den Gemeinden übertragen werden. Die Lösung für eine Neuausrichtung wäre eigentlich ganz einfach, meinte **Arnold Schuler**: dezentralisieren.

In der Mai-Sitzung hat der Landtag auch zwei Beschlussanträge zur Energiepolitik behandelt. In einem davon forderte **Alessandro Urzi** (L'Alto Adige nel cuore) Volksaktien der SEL AG. Landesrat Mussner erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, bat aber um Zeit für rechtliche Klärungen. Der Antrag wurde vertagt. Im zweiten Antrag forderte **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) Ausgleichszahlungen für jene Ufergemeinden, denen durch die jüngsten Konzessionsverlängerungen die Umweltgelder entgingen, die bei Neuausschreibung anfallen würden. Obwohl sich die Landesregierung gegen den Antrag aussprach, wurde er mit 17 Ja, 9 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen. ■



Kraftwerke: Land setzt auf Schulterchluss der Öffentlichen

Südtirol nicht zum Spielball auf dem europäischen Energiemarkt werde. Mussner sprach sich dafür aus, den Anteil des Landes an der SEL zu verringern und den der Gemeinden zu erhöhen. Ebenso sinnvoll seien Volksaktien, denn dann würde sich die Bevölkerung mehr damit identifizieren. Schließlich betonte er auch, dass die SEL nicht nur Schattenseiten habe, so habe

konkrete Vorstellungen, **Eva Klotz** äußerte Zweifel an der Umsetzbarkeit: Was, wenn auch nur eine der betroffenen Parteien mit dem Kompromiss nicht einverstanden ist?

Riccardo Dello Sbarba (Grüne) kritisierte die Landesregierung, die ihren Interessenkonflikt übersehen habe und damit für die Misere verantwortlich sei, und plädierte für eine Neuaufteilung: Konzessions-

Neue Gesetze

Neuordnung der Lawinenkommissionen und der Laimburg

Das neue Gesetz zu den Lawinenkommissionen, vorgelegt von der Landesregierung auf Vorschlag von Landeshauptmann **Luis Durnwalder**, hat zum Hauptziel, das einschlägige Landesgesetz von 1976 an die heutigen Anforderungen anzupassen. Das Land ist künftig für Ausbildung und für die Datenaufbereitung zuständig, die Gemeinde, die die Kommission ernennt, für Ausrüstung, Haftpflicht- und Rechtsschutzabsicherung. Eine Lawinenkommission kann von jeder Gemeinde eingesetzt werden, sie muss eingesetzt werden, wenn ein neues Skigebiet genehmigt wird. Jedes Kommissionsmitglied kann dem Bürgermeister bei Lawinengefahr die Sperrung von Pisten, Liften oder Straßen vorschlagen. Das Gesetz wurde, ohne Debatte zum Inhalt, mit 17 Ja, 3 Nein bei 11 Enthaltungen genehmigt.

Das Gesetz zur Laimburg, das der Landtag im Mai mit 17 Ja, 1 Nein bei 8 Enthaltungen verabschiedet hat, sieht eine Aktualisierung einschlägiger Bestimmungen sowie eine Rationalisierung des land- und forstwirtschaftlichen Versuchswesens vor, das derzeit sowohl eine Landesabteilung als auch eine Körperschaft mit Verwaltungsautonomie vorsieht; nun soll Abteilung abgeschafft und ihre Aufgaben der Körperschaft übertragen werden.

Kritik von Seiten der Opposition gab es zum rein deutschen Namen (**Urzi**), zur Konkurrenz zu den privaten Betrieben (**Pöder**, **Leitner**) sowie zur Repräsentationstätigkeit (**Heiss**). Landeshauptmann Durnwalder stellte dazu fest, dass der Name „Laimburg“ den Hof und nicht den Ort bezeichne, dass dessen Produkte teurer verkauft würden als jene der Konkurrenz, weil man auf Qualität setze. Die Aufgabenstellung der Laimburg sei mit den Jahren erheblich gewachsen, und das werde mit diesem Gesetz berücksichtigt. ■

Südtiroler Renten

Antrag der Süd-Tiroler Freiheit auf ein eigenes Renteninstitut angenommen

Derzeit würden die Südtiroler mehr einzahlen, als sie an Rentenbeträgen bekämen, stellte **Sven Knoll** fest und plädierte für ein eigenständiges Südtiroler Renteninstitut. Die Landesregierung solle alle Möglichkeiten zur Übertragung der entsprechenden staatlichen Zuständigkeiten prüfen und sich für dieses Ziel einzusetzen.

Thomas Egger (Freiheitliche) und **Veronika Stirner Brantsch** (SVP) teilten die Zielsetzung des Antrags ebenso wie **Elmar Pichler Rolle** (SVP), der auf einen ähnlichen Antrag seiner Fraktion verwies, und **Pius Leitner** (F), der wie **Martha Stocker** (SVP) und Landesrat **Richard Theiner** dafür plädierte, auch andere Sozialleistungen einzubeziehen.

Der dementsprechend umformulierte Antrag wurde mit 18 Ja, 1 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen. ■



Bozner Sitz des INPS: Landtag plädiert für Landesinstitut

WOBI-Wohnungen

Lega Nord: Laufende Anpassung der Kriterien

Mit den derzeitigen Kriterien für die Institutswohnungen seien Einheimische, auch mit bescheidenem Einkommen und trotz langer Wartezeit, im Nachteil gegenüber Einwandererfamilien mit vielen Kindern, bemängelte Elena Artioli (Lega Nord) und forderte eine entsprechende Überarbeitung dieser Kriterien.

Pius Leitner (F), **Eva Klotz** (STF)

und **Mauro Minniti** (La Destra) stimmten dem Prinzip zu, dass jene, die mit ihrer Arbeit und ihren Steuern zum Gemeinwohl beitragen, den Vorrang haben müssten. Landesrat **Christian Tommasini** warnte davor, die Kriterien auf bestimmte Fälle zuzuschneiden, das würde anderswo Lücken aufreißen. Außerdem sei die Zahl der Wohnungen für Nicht-EU-Bürger gedeckelt. Nachdem Artioli ihren Antrag auf die Forderung nach periodischer Überarbeitung der Kriterien beschränkte, wurde er bei einer Enthaltung angenommen. ■

Generationen-Tausch

Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit: Landtag stimmt STF-Antrag zu

Älteren Arbeitnehmern sollte die Teilzeit ermöglicht und dafür ein Arbeitsplatz für die Jugend geschaffen werden, schlugen **Eva Klotz** und **Sven Knoll** (Süd-Tiroler Freiheit) vor. Das Land müsste für die Teilzeitarbeiter die Rentenbeiträge auf 100 Prozent integrieren. Dieses Modell sei 2012 in der Lombardei nach einer Übereinkunft zwischen Inps, Unternehmerverband und Gewerkschaften umgesetzt worden. Die Maßnahme sei auch als Entlastung der älteren Arbeitnehmer zu sehen, bestimmte Berufe seien für sie zu beschwerlich und ein Sicherheitsrisiko.

Zustimmung für den Vorschlag kam von **Hans Heiss** (Grüne), **Elena Artioli** (Team Autonomie), **Otto von Dellemann**, **Maria Hochgruber Kuenzer** und **Veronika Stirner Brantsch** (SVP). **Thomas Egger** und **Pius Leitner** (Freiheitliche) sprachen sich ebenfalls dafür aus, äußerten aber Bedenken wegen der Finanzierbarkeit. **Donato Seppi** (Unitalia) meinte hingegen, besser sei eine Kombination mit einem früheren Renteneintritt und etwas weniger Rente statt mit einem auf 6-700 Euro reduzierten Gehalt. Schließlich stimmte auch Landeshauptmann **Luis Durnwalder** dem Antrag zu: Das Modell sei nicht die Lösung, aber eine mögliche Lösung. Der Antrag wurde mit nur einer Gegenstimme angenommen. ■

Offene Wege

Alto Adige nel cuore forderte die Öffnung der Feldwege

Alto Adige nel cuore forderte mit einem Gesetzentwurf das Durchgangs- bzw. Durchfahrtsrecht für Fußgänger und Radfahrer auf geförderten Feldwegen, und zwar auf eigene Gefahr. Einschränkungen sollte es nur zur Erntezeit geben. **Alessandro Urzi** bezog sich vor allem auf den Feldweg, der zum Bozner Krankenhaus führt und der von den Eigentümern mit einer Schranke versperrt wurde.

Die meisten Abgeordneten reagierten mit Skepsis auf diesen Vorschlag. Es sei, so meinte unter anderem **Andreas Pöder** (Bürger-Union), ein spezifisches Bozner Problem, das nicht per Landesgesetz verallgemeinert werden sollte. **Sven Knoll** (STF), **Maria Hochgruber Kuenzer** (SVP) und **Sigmar Stocker** (F) gaben zu bedenken, dass die Güterwege zur Bewirtschaftung der Felder angelegt wurden und dass sie von den Bauern nicht nur zur Erntezeit benutzt werden. **Hans Heiss** (Grüne) zeigte Verständnis für Urzis Anliegen, warnte aber vor einer durchgängigen Öffnung, die zu Gefahren und auch Auseinandersetzungen führen würde. **Donato Seppi** (Unitalia) meinte, wenn man auf das Privatrecht poche, dann dürften die Bauern auch nur auf jenen Straßen fahren, die sie mitfinanziert und für die sie überdies öffentliche Beiträge bekommen hätten.

Die Beiträge hätten nichts mit dem Durchfahrtsrecht zu tun, sonst könnte jeder Steuerzahler durch jede geförderte Wohnung marschieren, erwiderte Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Eine totale Öffnung führe zu Gefahrensituationen, und die Verantwortung des Grundbesitzers könne nicht mit einem Landesgesetz außer Kraft gesetzt werden. Dieser Fall sei nur durch eine Vereinbarung oder durch eine Enteignung zu lösen.

Der Gesetzentwurf wurde mit 5 Ja, 19 Nein bei 2 Enthaltungen abgelehnt. ■

Strom für die Bahn

Freiheitliche: Elektrifizierung der Vinschger Bahn

Die Freiheitlichen forderten die Elektrifizierung der Vinschgerbahn. Der Dieselbetrieb koste derzeit 1,5 bis 1,9 Mio. Euro, und der Diesel werde im Trentino gekauft. Der Elektrobetrieb würde 2,2 bis 2,4 Mio. Euro kosten, aber der Strom könnte in Südtirol eingekauft werden und es gebe keinen CO₂-Ausstoß, argumentierte **Sigmar Stocker**.

Landesrat **Thomas Widmann** gab den Einbringern im Prinzip recht, eine Elektrifizierung hätte mehrere Vorteile, so würde etwa ein Umsteigen in Meran entfallen. Dafür müssten aber einige Voraussetzungen erfüllt werden, und es gebe auf der Prioritätenliste noch dringlichere Maßnahmen, wie etwa die Konzession für die Linie Meran-Bozen oder die Riggertalschleife. Daher könne man den Antrag derzeit nicht umsetzen.

Der Antrag wurde dennoch mit 15 Ja und 13 Nein angenommen. ■



Seehauser

Vinschger Bahn: Vom Diesel- zum Elektrobetrieb

Åland

Vertreter des Inselparlaments suchten in Südtirol Anhaltspunkte für eine Autonomiereform.

Die Åland-Inseln, eine einsprachig-schwedische Provinz Finnlands, stehen vor einer weitreichenden Reform ihrer Autonomie. Eine Delegation des Inselparlaments traf im Landtag auf Präsident **Maurizio Vezzali**, die Präsidialsekretäre **Veronika Stirner Brantsch** und **Roland Tinkhauser** sowie die Fraktionsvertreter **Andreas Pöder**,

Die Parlamentsdelegation mit Vertretern des Südtiroler Landtags



der, Walter Baumgartner, Sven Knoll, Pius Leitner und **Alessandro Urzi**, um nützliche Hinweise für die Reform zu finden.

Die Gäste, darunter auch Parlamentspräsidentin **Britt Lundberg**, fragten nach vielen Details der Südtiroler Autonomie und zeichneten ihrerseits ein Bild von einer Insel mit einer starken Autonomie, mit

einem einsprachig-schwedisches Schulsystem, in dem aber Finnisch die meistgewählte Fremdsprache ist, mit Schweden als Kulturnation im Rücken, die vielen Studenten als Ausbildungsstätte dient, die aber nicht gegenüber Finnland als Schutzmacht angerufen wird, und mit klaren Zuständigkeiten, die nicht mit dem Staat geteilt werden müssen. ■

Abgeordnete fragen / Landesräte antworten

Neue Apotheken

Nach Vorgabe der italienischen Reform sieht auch das Landesgesetz zur Arzneimittelversorgung die Ausschreibung für 17 neue Apotheken vor. **Hans Heiss** fragte, warum die Ausschreibung noch nicht erfolgt sei.

Das Staatsgesetz sehe eine Ausschreibung über eine einheitliche digitale Plattform vor, antwortete Landesrat **Richard Theiner**. Laut Statut müsse die Plattform zweisprachig sein, aber das Ministerium wolle, mit Verweis auf Sparmaßnahmen, die Kosten dafür nicht übernehmen. Diese müsse nun das Land übernehmen, denn auf die zweisprachige Plattform wolle man nicht verzichten.

Bozner Gefängnis

Elena Artioli und **Andreas Pöder** wollten den letzten Stand der Arbeiten am neuen Bozner Gefängnis wissen.

Die Mittel seien von Land zur Verfügung gestellt worden, im Rahmen des Mailänder Abkommens, man schätze die Kosten auf 46 Mio. Euro plus 15 Mio. für die Grundenteignung, antwortete LH **Luis Durnwalder**. Die Ausschreibung werde innerhalb der nächsten Wochen erfolgen, man

rechne mit einem Bauabschluss innerhalb 2015. Für die Führungskosten sei der Staat zuständig.

Deutschprüfung

Bei der Deutschprüfung im Rahmen der Zweisprachigkeitsprüfung seien am 8. März alle drei deutschsprachigen Kandidaten durchgefallen, berichtete **Sven Knoll** und fragte, wie sich die Landesregierung die Durchfallquote erkläre.

Landeshauptmann **Luis Durnwalder** bestätigte, dass im genannten Fall alle drei Kandidaten die Prüfung nicht bestanden haben. Laut Prüfern seien die Kandidaten der Deutschprüfung immer wieder in den Dialekt zurückgefallen, was sich negativ auf die Bewertung auswirke.

Autonomiekommission

Pius Leitner bemängelte, dass die vom Statut vorgesehene 137-er Kommission noch nie konstituiert worden sei, und fragte, welche Bemühungen zur Konstituierung der Kommission es gegeben habe und welchen Wert man ihr beimesse.

Die Kommission hätte eine wichtige politische und beratende Aufgabe, antwortete LH **Luis Durnwalder**. Zuletzt habe er sich dazu

schriftlich im April an den Regionalminister gewandt. Er habe den Eindruck, dass die Regierung die 137-er Kommission nicht ernst nehmen und alles von der Sechser- und Zwölferkommission erledigen lasse.

Pressespiegel

Martha Stocker sah im digitalen Pressespiegel des Landtags – der seit März von der Firma Sandei aus Apulien bereitgestellt wird –, vor allem in punkto Zweisprachigkeit und Berücksichtigung deutschsprachiger Medien einige Mängel. Sie fragte, welche die Bewertungskriterien für den Auftrag waren

Entscheidendes Kriterium sei der Preis gewesen, wobei selbstverständlich die anderen Voraussetzungen zu erfüllen waren, berichtete Landtagspräsident **Maurizio Vezzali**. Sprachliche Mängel gebe es bei den computergestützten Abschriften von Radio- und Videonachrichten, diese seien aber ein zusätzlicher, nicht bestellter Dienst und dienen einzig zum Navigieren innerhalb der Videos. Der Auftrag umfasse, unabhängig von der Sprache, alle Tages- und Wochenzeitungen, die Bezirksblätter sowie die lokalen Rundfunksender. Falls der Dienst nicht zur Zufriedenheit ausfalle, müsse er gekündigt werden. ■